



Kolportiert: Faktenfrei und fortgesetzt

Zur anhaltenden Debatte um die angebliche Anweisung des Ministeriums für Inneres und Kommunales (TMiK), über Straftaten von Migrantinnen und Migranten nicht oder nur eingeschränkt zu berichten, äußerte MdL Steffen Dittes sein Unverständnis: „Auch nach in Varianten wiederholter Behauptungen sind mir keine belastbaren Fakten bekannt, die ernsthafte Zweifel an der Aussage des Ministeriums, keine Weisung zum Verschweigen von Straftaten nicht-deutscher Täter erteilt zu haben, wecken könnten.“ Auch die jetzt thematisierte E-Mail einer Polizeibehörde sei inhaltlich nicht zu beanstanden, zumal niemand ernsthaft behaupten könne, eine Mail aus dem vergangenen Winter habe der Berichterstattung angesichts der sich im Sommer verschärfenden Flüchtlingssituation gelten können. Die Polizei sei gehalten, über Kriminalität unbeschadet der Herkunft oder Religion der mutmaßlichen Täter angemessen zu informieren. Diesem Anspruch sei sie auch gerecht geworden, was durch Presseinformationen – etwa zu Suhl oder Arnstadt – verdeutlicht werde.

Steffen Dittes zu Presseverlautbarungen der CDU-Fraktion und des Chefs der Gewerkschaft der Polizei (GdP): „Wer jetzt faktenfrei und fortgesetzt kolportiert, es gebe ein vorsätzliches Verschweigen von Straftaten in und um Flüchtlingsunterkünften, der trägt absolut nichts zur Versachlichung der Debatte bei, sondern heizt die Legendenbildung vom angeblich kriminellen Ausländer nur weiter an.“ ■

Ohne Gregor Gysi gäbe es keine gesamtdeutsche LINKE

Anlässlich des Abschieds des Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi vom Amt als Vorsitzender der Linksfraktion würdigte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesvorsitzende der Thüringer LINKEN, den Politiker als „großen Linken“.

Es sei sein nicht genug anzuerkennender Verdienst, dass er über zweieinhalb Jahrzehnte „nicht nur PDS und DIE LINKE geprägt hat, sondern in der Öffentlichkeit das Gesicht beider Parteien gewesen ist. Ohne sein Engagement würde es heute keine gesamtdeutsche Linkspartei geben“, betonte sie. Es falle deshalb schwer, den Abschied Gregor Gysis vom Fraktionsvorsitz zu akzeptieren. Er sei nicht nur ein strategischer Kopf der Partei DIE LINKE, sondern finde wegen seines Charismas und seines Humors schnell den Zugang zu den Menschen. „Ich bin sehr froh, dass sich Gregor Gysi jetzt nicht in die Politikerrente verabschiedet, sondern als Abgeordneter weiter linke Politik mitgestaltet.“

Gysi habe früh, auch gegen Widerstände in der PDS und später in der Partei DIE LINKE, auf Regierungsfähigkeit gesetzt. Er habe der LINKEN in Thüringen dabei als Ratgeber zur Verfügung gestanden. „Dass wir 2014 nicht nur zu einer linken Regierungspartei geworden sind, sondern in Thüringen den Ministerpräsidenten stellen, ist auch ein großer Erfolg für Gregor Gysi.“ Mit Thüringen sei Gysi schon früh verbunden gewesen.

Beim Hungerstreik der Kalikumpel von Bischofferode habe er mit hohem persönlichem Einsatz Solidarität bekundet. Sie selbst habe seinerzeit auch wegen Gregor Gysi begonnen, sich in der PDS politisch zu engagieren, sagte Susanne Hennig-Wellsow. Auf die Biographie, an der Gysi jetzt arbeiten wolle, sei sie sehr gespannt. Seinen Nachfolgern an der Spitze der Bundestagsfraktion, Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, gratulierte sie zur Wahl und wünschte ihnen viel Erfolg.

weniger respektiert, die Lebensleistungen nicht ausreichend anerkannt.“ Und auf die Frage, „welcher war demnach Ihr größter politischer Erfolg?“, antwortete Gregor Gysi: „Dass es in Deutschland eine gesamtdeutsche Partei links von der SPD gibt, die sogar seit dem Herbst 2013 die Oppositionsführerin im Deutschen Bundestag ist. Das ist eine bedeutende Leistung der PDS als eine Partei, die sich zunächst nur als die Vertreterin ostdeutscher Interessen etablieren konnte und seit zehn



Mehr als 400 Gäste waren am 14. Oktober zur Verabschiedung für Gregor Gysi als Fraktionsvorsitzender gekommen – im Foto Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau –, unter ihnen zahlreiche Thüringer.

www.flickr.com/photos/linksfraktion

Im „Interview der Woche“ auf der Internetseite der Bundestagsfraktion sagte Gregor Gysi auf die Frage „Was betrachten Sie als ihre größte Niederlage als Politiker?“: „Dass wir es nicht schafften, wirklich gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West herzustellen, obwohl es möglich ist. Nach wie vor gibt es beträchtliche Unterschiede bei den Löhnen, den Renten, den wirtschaftlichen Strukturen. Ostdeutsche Biografien werden häufig

Jahren nach der Vereinigung mit der Wahlalternative für Soziale Gerechtigkeit zur heutigen Partei DIE LINKE auch zunehmende Akzeptanz bei den westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern erreichte. Wenn ich jemandem vor 25 Jahren prophezeit hätte, dass DIE LINKE in Thüringen den Ministerpräsidenten eines Bundeslandes stellte, hätte er mich in die Psychiatrie geschickt.“

„Für eine solidarische Flüchtlingspolitik, die Perspektiven schafft“

DIE LINKE Thüringen begrüßt die Erklärung des DGB Hessen/Thüringen „Für eine solidarische Flüchtlingspolitik, die Perspektiven schafft“. Dazu die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesvorsitzende der Partei, Susanne Hennig-Wellsow:

„Der DGB setzt mit seiner Erklärung ein klares Zeichen für Solidarität und für Menschlichkeit. Menschen, die vor Krieg, Hunger, Katastrophen und Armut flüchten, brauchen Hilfe und keine Anforderungen. Um auf die aktuellen Anforderungen angemessen reagieren zu können, ist ein handlungsfähiger Staat nötig – darauf weisen die Gewerkschaften in ihrem Papier völlig zu Recht hin. Wir brauchen für alle Menschen, die in



Deutschland leben, gute Arbeit, gute Bildung, soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung und ordentliche Wohnungen. Flüchtlinge dürfen nicht dazu benutzt werden, erreichte soziale Standards, Mindestlohn oder Tarifverträge zu unterwandern. Deutschland ist ein reiches Land, aber der Reichtum ist ungerecht verteilt. Um alle Aufgaben für die Menschen in un-

serem Land – Deutsche wie Geflüchtete – ordentlich zu erfüllen und um die Zuwanderung auch als Chance für die Entwicklung unseres Landes nutzen zu können, braucht es ordentlich ausfinanzierte Haushalte von Kommunen, Ländern und Bund. Große Vermögen, Unternehmensgewinne und Millionäre müssen endlich wieder ihren Anteil an der Finanzierung der Gesellschaft beitragen.“

Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion: „Der DGB Hessen-Thüringen beschämt mit seiner Erklärung all jene, die in der Asylpolitik mit bislang unvorstellbaren (Rück-)Schritten staatliche Restriktionen und Diskriminierung verschärfen und rassistische Ressentiments schüren. Das Han-

deln der Bundesregierung und der Mehrheit der Länder sowie die Pläne für weitere Grundrechtseinschränkungen haben nichts mit der Bewältigung der Herausforderungen zu tun. Es scheint, als sehen angesichts von Pegida, AfD und Co die Verfechter von Ausgrenzung und Restriktionen ihr populistisches Stündlein gekommen. Abschreckung, Aushungern und die Einteilung in gute und schlechte Flüchtlinge sind keine Lösungen. Sie sind ein Einknicken vor dem rassistischen Mob. Der DGB setzt dem ein deutliches Zeichen entgegen – für Menschlichkeit, Solidarität und gute Lösungen.“

DGB-Erklärung:
<http://hessen-thueringen.dgb.de>

Zusammenhang zwischen Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform

„Klar erkennbar ist der Zusammenhang zwischen der Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform im Leitbild der Landesregierung für ein zukunftsfähiges Thüringen. Damit wird der Reformstau im Lande aufgebrochen“, so der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion die LINKE, Frank Kuschel, in seiner Rede am 2. Oktober im Landtag zur Regierungserklärung von Holger Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales, zum Kommunalen Leitbild „Zukunftsfähiges Thüringen“. Folgend Auszüge aus dem Plenarprotokoll der Rede von Frank Kuschel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie werden Verständnis haben, dass das für mich heute ein freudiger Tag ist. Erstens zeigt sich, dass Rot-Rot-Grün funktioniert und sich einem der sicherlich kompliziertesten Reformverfahren zuwendet und dabei den Zeitplan einhält. Schon der ist eine Herausforderung. Und wir beenden hiermit eine Phase der Stagnation, denn der Reformbedarf in dieser Frage hat sich seit 1999 angekündigt und war seit 2004 unverkennbar.

Ein Leitbild soll zur Diskussion auffordern

Wir haben zehn Jahre verloren, umso wichtiger ist es jetzt, dass dieses Reformvorhaben gelingt. Hier steht Rot-Rot-Grün zusammen und wir stehen am Anfang einer Debatte. Wir diskutieren heute ein Leitbild, nicht mehr und nicht weniger. Der Innenminister hat darauf verwiesen, dass sich jetzt eine Debatte in den Regionen anschließt. Dort können alle Vorschläge, Hinweise, Anregungen und Kritiken geäußert werden, dann wer-

den wir das zusammenfassen und auswerten. Der nächste Schritt ist dann das Vorschaltgesetz. Alle sind eingeladen.

Aber ich muss deutlich sagen, ich habe wie gestern, als es um den Finanzausgleich ging, auch jetzt wieder zur Kenntnis nehmen müssen, dass die CDU offenbar alles so lassen will wie es ist, denn es gab nicht einen Vorschlag, den Herr Fiedler hier zur

Frank Kuschel bei einer Informations- und Diskussionsveranstaltung der Linksfraktion zusammen mit Staatssekretär Udo Götze vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Haushaltspolitiker Mike Huster sowie Vertretern von Bürgerinitiativen und aus der Kommunalpolitik des Landes.



Debatte gestellt hat, außer dass er gesagt hat, alles was Rot-Rot-Grün plant, wird abgelehnt. Also kann ich nur daraus schlussfolgern: Es soll alles so bleiben wie es ist. Da sind unsere Erfahrungen, auch meine persönlichen Erfahrungen auf der kommunalen Ebene, andere, dort erwarten viele, dass wir nun endlich handeln, und es werden auch berechnete Fragen gestellt. Damit muss man sich auseinandersetzen. Und es ist keinesfalls so, dass wir dogmatisch hier irgendein Konzept vorstellen wollen.

Wir sind drei Parteien in dieser Koalition und die einzelnen Parteien haben natürlich unterschiedliche Auffassungen. Die Linke hat bereits 2005 auf dem Parteitag in Bad Langensalza – damals hieß das Papier „Strukmod 09“, also „Strukturmodell 2009“ – ein Diskussionsangebot unterbreitet. Seitdem bestimmen wir eine Debatte, ohne dass wir aber sagen, dass das, was Die Linke vor-

zur Diskussion auffordern und dieses Angebot gilt nicht nur in die Öffentlichkeit hinein, sondern auch zwischen den Partnern dieser Regierung. Der Reformstau wird nun aufgebrochen. Im Leitbild ist der Zusammenhang zwischen einer Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform unverkennbar. Das müssen auch die CDU und die kommunalen Spitzenverbände und einige Landräte zur Kenntnis nehmen.

Sodass am Ende auch klar ist, wohin die Reise geht

Klar, da wir erst am Anfang der Debatte stehen, wissen wir nicht, in welcher Tiefe diese Funktional- und Verwaltungsreform ausgestaltet sein soll. Das begründet übrigens auch den großen Korridor von 130.000 bis 230.000 Einwohnern bei den Landkreisen, das ist ein Indiz dafür. Wir sind jetzt alle aufgefordert, diesen Korridor „mit Leben“ zu erfüllen, sodass am Ende der Debatte auch klar ist, wohin die Reise geht.

Zu Recht hat der Innenminister auf die demografischen Herausforderungen, auf die finanziellen Rahmenbedingungen und auch auf die nicht homogene Verwaltungsstruktur hingewiesen. Es gibt weitere Herausforderungen, vor denen wir stehen – sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene. Das ist die Vereinfachung von Politik und Verwaltungshandeln, die immer stärker zunimmt. Die Prozesse werden immer komplizierter, und die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft nimmt zu. Das stellt natürlich auch höhere Anforderungen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, an alle politischen Entscheidungsträger. ■

schlägt, das einzig wahre Konzept ist.

Gerade in dieser Frage gibt es mehrere Varianten, mehrere Wahrheiten. Ich finde es gut, dass wir auch in der Regierungskoalition eine Debattenkultur pflegen, an deren Ende dann ein Papier steht, das von allen mitgetragen wird. Diese Freiheit lassen wir uns nicht nehmen. Natürlich suchen die CDU und auch manche Medien irgendwelche Konfliktpunkte zwischen Linke, SPD und Grüne in dieser Frage. Da kann ich Ihnen versichern, Sie liegen völlig verkehrt. Ein Leitbild soll

FRAKTION IN AKTION

Keine V-Leute mehr

Die CDU-Forderung, in Thüringen wieder geheimdienstlich arbeitende V-Leute beim Verfassungsschutz einzusetzen, hat MdL Steffen Dittes zurückgewiesen. Die Abschaltung der V-Leute in Thüringen sei eine bedeutende Schlussfolgerung aus der Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses. Dem innenpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Wolfgang Fiedler, rate er, die Kompetenzen der Sicherheitsbehörden auseinanderzuhalten. Die Kriminalitätsbekämpfung sei Sache der Polizei und nicht des Verfassungsschutzes. „Vom Konzept der geheimdienstlichen Bekämpfung von Kriminalität hat sich Thüringen 1990 verabschiedet“, so der LINKE-Innenpolitiker Steffen Dittes, auch die CDU sei angehalten, sich das immer wieder zu vergegenwärtigen. ■



Solide Basis für Hochschulfinanzierung

„Die Hochschulen können nun ab 2016 mit einer jährlichen Erhöhung der Mittel von vier Prozent planen, Rücklagen bilden und ihre Entwicklung flexibel vorantreiben“, so der hochschulpolitische Sprecher der Linksfraktion Christian Schaft (im Foto auf einer Studentendemonstration im Frühsommer in Jena), zum Entwurf der Hochschulrahmenvereinbarung IV. Die Finanzierungszusagen aus der Hochschulstrategie 2020 seien durch die rot-rot-grüne Landesregierung gesichert. Bis 2019 wird der Gesamtetat auf 447 Millionen Euro anwachsen.

Mit dem neuen Mittelverteilungsmodell soll auch den Anregungen des Landesrechnungshofes für eine transparentere Gestaltung der Mittelvergabe Rechnung entsprochen werden. Der Abgeordnete begrüßte es, dass Personalentwicklungskonzepte, berechenbare Karrierewege für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Förderungen von Frauen in der Wissenschaft Teil der Rahmenvereinbarung geworden sind. Allerdings müsste „mit der grundlegenden Novellierung des Thüringer Hochschulgesetzes die Grundlage dafür geschaffen werden, dass Inhalte und Zielrichtung der Rahmenvereinbarung und die sich aus ihr ableitenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen zukünftig transparent und mit allen Statusgruppen der Hochschulen diskutiert werden“. Nur so könne eine von allen getragene Hochschulstrukturentwicklung langfristig Erfolg haben. Dennoch sei die jetzt vorgelegte Rahmenvereinbarung ein Schritt in die richtige Richtung. ■

Neonazismus und Rechtspopulismus

Erneut wurde das Jugend- und Wahlkreisbüro Haskala der Landtagsabgeordneten Katharina König in der Saalstraße in Saalfeld Ziel einer neonazistisch motivierten Attacke. „Wir erleben eine Zunahme von neonazistischen Vorfällen in der Region. Es vergeht kaum ein Tag, an dem es nicht zu Übergriffen, Bedrohungen oder rassistischen Schmierereien kommt. Ziel der Hassattacken sind dabei vor allem Flüchtlinge und deren Unterstützerinnen und Unterstützer“, so Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion.

Jugendlicher am Platz der Opfer des Faschismus in Rudolstadt aus einer größeren Gruppe heraus rassistisch beschimpft, angegriffen und leicht verletzt. In der Nacht zum 9. Oktober sprühten Unbekannte an das Wahlkreisbüro Haskala Neonazi-Parolen,

häufig, den 'Volkswillen' zu vollstrecken, und fühlen sich dadurch bestärkt, dass sie durch so genannte ‚besorgte Bürger‘ selten Abgrenzung erfahren. Wenn, wie in RockensuBra oder Gerstungen, Häuser brennen, Flüchtlinge auf der Straße Angst vor



Ein von der Linksfraktion vorübergehend gehisstes Transparent am Landtagsgebäude. Die rechtspopulistischen Aufmärsche der AfD, an denen sich auch zahlreiche Neonazis beteiligen, bleiben nicht unwidersprochen. Groß war die Beteiligung an der Gegendemonstration am 7. Oktober.

Am 2. Oktober marschierten in Rudolstadt über 350 Rassisten auf der Demonstration der NPD-Kreisrätin Mandy Meinhardt. Unter den Teilnehmern befanden sich eine hohe Anzahl gewaltbereiter Neonazis verschiedener Gruppen, darunter NPD, Kameradschaften, bekannte Holocaustleugner und Neonazi-Rocker aus der Region. Auch viele verurteilte rechte Schläger, Mitglieder des früheren „Thüringer Heimatschutzes“ und mehrere jener Neonazis aus dem Rotlicht-Milieu, die vor zwei Jahren wegen eines Raubüberfalls 1999 auf einen Geldtransporter verurteilt wurden, liefen mit. Dazwischen so genannte „besorgte Bürger“.

Nach der Demonstration zog eine kleine Gruppe Neonazis durch die Stadt und grölte NS-Parolen. In der Nacht darauf versuchten in Krölpa nahe Saalfeld mehrere Deutsche einen 19-jährigen Afghanen zu attackieren, die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung. Am 4. Oktober wurde bekannt, dass an einer Hauptverkehrsstraße am Saalfelder Bahnhof eine Trafo-Station schwarz-weiß-rot in den Farben einer Fahne des „Deutschen Reiches“ bemalt wurde, am 5. Oktober wurden im Stadtteil Gorndorf verstärkt Neonazi-Plakate u.a. an Bushaltestellen gekleistert, am 6. Oktober wurde auf einem Weg in Saalfeld, an dem jeden Tag Flüchtlinge zur Ausländerbehörde laufen, ein Hakenkreuz gesprüht. Am 7. Oktober wurde ein syrischer

„Judenhure“, zwei Hakenkreuze und einen Davidstern. In der Umgebung wurden weitere Hakenkreuze gesprüht, ein Gebäude wurde mit Davidstern und „Juden“ markiert. Die neue Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge in Rudolstadt, gegen die sich zuvor die Demonstration gerichtet hatte, wurde mit Farbe attackiert. „Stop Asylflut“ und Hakenkreuze mussten die geflüchteten Menschen an den Außenmauern lesen. An weiteren Orten in Rudolstadt befanden sich Parolen wie „Refugees not welcome“, „Frau K. ab in Ofen“ in Anspielung auf frühere Konzentrationslager.

Katharina König: „Derzeit ist ein Radikalisierungstrend zu beobachten, der sich nicht nur in Saalfeld vollzieht. Durch die Demonstrationen von Neonazis und AfD, wie sie auch in Erfurt und in anderen Städten stattfinden, steigert sich der Hass, der bereits in sozialen Netzwerken ausgetobt wird. Die Täter glauben

Gewalt haben müssen und Hakenkreuze an Häuserwände geschmiert werden, dann sollte klar sein, dass das Gebot der Stunde nicht Abschottung an nationalen und europäischen Grenzen sein kann, sondern Solidarität und Schutz mit den Geflüchteten und klare Positionierung gegen Rassisten aller Couleur.“

Die Abgeordnete weist Äußerungen der AfD, wonach bei ihren Demonstrationen in Erfurt rechtsextremistische Plakate nicht geduldet würden, als Lügen zurück. „Am 7. Oktober marschierten die NPD und ihre bekannten Funktionäre in der AfD-Demonstration in Erfurt mit. Dabei wurden die rassistischen NPD-Wahlplakate aus dem Thüringer Landtagswahlkampf gehisst, bei denen einfach das NPD-Logo entfernt wurde. Wir scheinen an einem Punkt angekommen zu sein, an dem die Grenzen zwischen Rechtspopulismus und Neonazismus verschwimmen.“

KURZ UND PRÄGNANT

Lohnlücke:

„Die Lohnlücke von 22 Prozent Entgeltunterschied zwischen Frauen und Männern in Deutschland muss endlich geschlossen werden“, forderte MdL Karola Stange. Im Jahr 2014 lagen in Thüringen die Bruttostundenverdienste für Frauen bei 13,70 Euro und für Männer bei 14,49 Euro. Im Bundesschnitt erhielten Frauen 15,83 Euro und Männer 20,20 Euro. Die LINKE verlangt seit langem ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene, damit die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ endlich Realität werden kann.

Prekäre Beschäftigung:

Zu einer Fachkonferenz „Frauen in prekärer Beschäftigung im Pflege- und Carebereich“ laden die Landtagsfraktion DIE LINKE und die Rosa Luxemburg Stiftung Thüringen e.V. am Dienstag, 27. Oktober, 16.00 bis 20.30 Uhr ins Akademiehôtel (Thüringer Sozialakademie) nach Jena, Am Stadion 1, ein. Sprechen werden u.a. Heike Werner, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, sowie Prof. Dr. Gabriele Winker, Sozialwissenschaftlerin, TU Hamburg-Harburg.

25 Jahre Linksfraktion:

Mit einer Fotoausstellung „25 Jahre Linke Politik im Thüringer Landtag“, jetzt eröffnet in ihrer Flur-Galerie in der 4. Etage des Fraktionsgebäudes, lässt die Fraktion DIE LINKE ihre 25jährige Geschichte während sechs Legislaturperioden Revue passieren. Die Chronik beginnt am 17. Oktober 1990 mit der Konstituierung der Fraktion Linke Liste/PDS.

www.die-linke-thl.de/presse/pressemitteilungen/

NACHRICHTEN

Datenspeicherung

„Im Galopp zum Verfassungsbruch, scheint das Motto der Großen Koalition zu sein, wenn sie zum zweiten Mal die Vorratsdatenspeicherung einführt“, so Katharina König, Sprecherin für Netzpolitik und Datenschutz der Linksfraktion, zum Bundestagsbeschluss von CDU, CSU und SPD zur neuen Massenüberwachung. „Die anlasslose Sammlung von Daten aller Menschen wurde von den obersten Gerichten in Deutschland und der EU als nicht mit den Grundrechten vereinbar zurückgewiesen. Dennoch will die Bundesregierung diese Überwachungsinstrumente wieder installieren.“ Auch könne sich dann kein Bürger mehr mit seinen Problemen an einen Abgeordneten seines Vertrauens wenden, ohne dass dies nachträglich nachvollziehbar sei.



Zum Start des Halbjahresprogramms der Selbsthilfegruppe „Rheuma-Liga Eisenach e. V.“ übergab die Eisenacher Wahlkreisabgeordnete Kati Engel einen Scheck der „Alternative 54 Erfurt e.V.“. Aus dem Spendenfonds unterstützen die Landtagsabgeordneten der Linksfraktion gemeinnützige Projekte und Initiativen. Seit Gründung des Vereins im Jahr 1995 kam die stolze Summe von einer Million Euro bisher zusammen.

Energiekonferenz

Zur 1. Meiningener Energiekonferenz „effizient – regenerativ – dezentral“ lädt die Landtagsfraktion der LINKEN für Samstag, den 21. November, 10 bis 17 Uhr ins Landratsamt Schmalcalden-Meinungen, Multifunktionshalle, ein. Dabei sollen Interessierte und vor allem kommunalpolitisch Verantwortliche die Möglichkeit haben, sich zu informieren und zu diskutieren, u.a. über den Windenergieerlass und künftige Netzarchitekturen, über veränderte Landschaftsbilder und technische Entwicklungen. Zu einem Grußwort wird auch Ministerpräsident Bodo Ramelow erwartet. Zu den Referenten gehören Ewald Woste, Aufsichtsratsvorsitzender der TEAG, und Olaf Möller, Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz.

TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungstermine des Landtags bis zum Jahresende sind, jeweils mittwochs 14.00 Uhr beginnend sowie donnerstags und freitags ab 9.00 Uhr, für den 4. bis 6. November, 25. bis 27. November sowie 16. bis 18. Dezember anberaumt.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Landtagssitzungen in Erfurt bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE melden (Tel. 0361 3772295).

Immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

25 Jahre linke Politik im Thüringer Landtag

NACHGEFRAGT bei André Blechschmidt, Parlamentarischer Geschäftsführer

Die Landtagsfraktion feierte jetzt ihren 25. Geburtstag. Wer über die Geschichte der Fraktion etwas wissen will, kommt nicht an Dir vorbei, bist sozusagen ihr Urgestein.

Nein – zumindest nicht allein, dazu gehören auch Marion Möller, Sachbearbeiterin der Geschäftsstelle, sowie Andreas Schuster, Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Haushalt und Finanzen, die beide noch vor mir in der Fraktion Linke Liste/PDS angefangen hatten. Ich begann am 1. Januar 1991. Klaus Höpcke, der damalige Fraktionsvorsitzende, suchte einen Mitarbeiter und ich war gerade „frei“ geworden. „Was wollen Sie als Roter in einer schwarzen Staatskanzlei“, wurde mir gesagt, nachdem ich dort ein paar Monate als Organisationsreferent gearbeitet hatte. So war ich dann bis 1999 Wahlkreismitarbeiter im Bereich Weimar, Apolda, Arnstadt, Ilmenau. Gerade in dieser Zeit, da es die PDS noch relativ schwer hatte, war es mir wichtig, raus zu den Leuten zu gehen, Gesicht zu zeigen. Zusätzlich wurde ich für die Fraktion auch Mitarbeiter im Bereich Medienpolitik, und mit Weimar und Klaus Höpcke lag sowieso die Verflechtung zur Kultur nahe.

Von 1999 bis 2004 war ich Geschäftsstellenleiter der Fraktion und zog anschließend und überraschend, denn ich hatte – obwohl von Bodo Ramelow mehrfach aufgefordert – nur für einen hinteren Listenplatz kandidiert, zusammen mit weiteren 27 PDS-Abgeordneten als Mitglied in den Landtag ein. Wir hatten 26,1 Prozent erreicht, die dann noch getoppt wurden durch die 27,4 Prozent bei der Wahl 2009 sowie im vergangenen Jahr mit dem bislang besten Ergebnis für die LINKE bundesweit von 28,2 Prozent. Besonders stolz bin ich natürlich darauf, das Direktmandat im Wahlkreis Erfurt-Südost 2009 und 2014 erlangt zu haben.

Was ist Dir aus den zweieinhalb Jahrzehnten besonders wichtig?

Legendär ist die Antikriegsaktion der Fraktion im Januar 2003, als wir an der Fassade des Fraktionsgebäudes ein großes Transparent „Nein zum Krieg“ angebracht hatten und Landtagsdirektor Joachim Linck die Feuerwehr alarmierte, um es herunterholen zu lassen.

Wiederum hielt ihn das aber nicht davon ab, zur 20-Jahr-Feier der Fraktion eine Rede zu halten und die teilweise parlamentarische Ausgrenzung der PDS zu kritisieren. Unvergessen auch das japanische Kirschbäumchen, das wir als Friedenssymbol bei der Rede von Gabi Zimmer zur Regierungserklärung zu Sicherheitsfragen vor dem Hintergrund des Irakkrieges in den Plenarsaal geschoben hatten. Zwar wurde es als unerlaubtes nonverbales Zeichen gleich wieder entfernt, aber kurze Zeit später setzten wir es zusammen mit Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht und Kindergartenkindern aus Ramsla beim Landtag feierlich in die Erde, und in jedem Frühjahr erfreut es uns mit seinen herrlichen rosa Blüten. Dass wir zur

konstituierenden Landtagssitzung 2009 die gemeinsame Erklärung der fünf Landtagsfraktionen CDU, Linke, SPD, FDP, Grüne für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen hinkommen haben, war ein klares Signal des Landtags gegen Rechtsextremismus, das es in dieser Form zuvor noch nicht gegeben hatte.

Die Arbeit eines Parlamentarischen Geschäftsführers ist nicht unbedingt vergnügungssteuerpflichtig?

PGF, wie sie hier alle kurz und knapp sagen, bin ich seit 2007, bis dahin war ich justiz-, medien- und sportpolitischer Sprecher der Fraktion – „Freizeitabgeordneter“, wie es Bodo Ramelow einmal formulierte. Dafür sorgen, dass „der Laden läuft“, um es salopp zu sagen, ist

digkeit der Absicherung der Einstimmen-Mehrheit der Koalition. Zudem haben wir uns einen anderen politischen Umgang mit der demokratischen Opposition vorgenommen. Auch dafür zeichnet der PGF mitverantwortlich.

Worin siehst Du die größten Herausforderungen für die Fraktion?

Ich möchte es mal so sagen, wir haben unseren Slogan „Veränderung beginnt mit Opposition“ praktisch fortentwickelt: „Und Veränderung endet in Verantwortung“. Dabei ist es wichtig, auch im Regierungshandeln gesellschaftspolitische Visionen aufrecht zu erhalten. Die größte aktuelle Herausforderung sehe ich in der Aufnahme und Integration/Inklusion der Flüchtlinge, der Menschen, die bei uns Schutz su-



meine Aufgabe, und ich räume ein, ich mache sie durchaus gern.

Abgeordneten- und Mitarbeiterstrukturen müssen fachpolitisch sinnvoll gebündelt und organisiert werden – immer auch mit Blick auf die Grundstrategie der Fraktion insgesamt. Viele Diskussionen und Gespräche sind zu führen, und was die parlamentarischen Abläufe betrifft, auch mit den politischen Kontrahenten. Dabei habe ich die Geschäftsordnung des Thüringer Landtags geradezu verinnerlicht, aber das gehört dazu. Bei allem ist es mir wichtig, dass wir Abgeordneten uns einordnen, nie vergessen, für wen und warum wir im Parlament sitzen, wie es Roland Hahmann einmal sagte, der auch der erste Parlamentarische Geschäftsführer und später von der PDS gestellte Vizepräsident des Thüringer Landtags war.

Woran noch vor wenigen Jahren nicht zu denken war, die LINKE ist jetzt Regierungsfraktion, was es aber nicht unbedingt leichter macht?

In der Opposition war manches relativ gesehen einfacher. Der Stress als regierungstragende Fraktion ist jetzt ein anderer. Hauptaufgabe sind die Abstimmungen mit den Arbeitskreisen, mit den Koalitionspartnern SPD und Bündnis90/Die Grünen, mit der Landesregierung, mit der Landtagsverwaltung und, ja, in bestimmten Fragen auch mit der CDU als größter Oppositionsfraktion. Im Hintergrund immer die Notwen-

chen. Hier die gewaltigen Aufgaben, die es so in Thüringen noch nicht gegeben hat, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu lösen, deren Fragen, Sorgen, Ängste und mithin auch Ablehnungen bei unseren Entscheidungen aufzunehmen und zu berücksichtigen, das wird für längere Zeit unsere Arbeit bestimmen. Darüber hinaus sind die im Koalitionsvertrag verankerten Ziele, z.B. die Gebietsreform, die zusätzliche Einstellung von Lehrern oder das Landesarbeitsmarktprogramm, Handlungsmaßstab unserer Fraktion.

Für die Beantwortung der Fragen dankt Annette Rudolph

Nebenbei Notiert

von Stefan Wogawa

Aberwitzige Forderung

Den Einsatz so genannter „V-Leute“ beim Thüringer „Verfassungsschutz“ verlangt erneut Wolfgang Fiedler, Innenpolitiker der CDU-Fraktion. Wieder stürmt er gegen die Entscheidung von Rot-Rot-Grün an, „V-Leute“ nur in Einzelfällen (zur Terrorabwehr) zu erlauben. Dass Fiedler sich diesmal auf vermeintliche „Konsequenzen aus der NSU-Mordserie“ (so die CDU-Pressemitteilung) beruft, ist einigermaßen perfide.

„V-Leute“ ist die euphemistische Bezeichnung für Geheimdienstspitzel. Sie haben in Thüringen Unheil angerichtet. Der Holocaustleugner Thomas Dienel war Landesvorsitzender der NPD, Veranstalter von Neonazi-„Wehrübungen“ – und Spitzel (Salär ca. 29.000 DM). Seine Hetzpostille, mit der er u.a. antifaschistische Gewerkschafter denunzierte, wurde nach seinen Angaben vom „Verfassungsschutz“ bezahlt. Tino Brandt war stellvertretender Landesvorsitzender der NPD, Organisator des militanten „Thüringer Heimatschutzes“, der Keimzelle der NSU-Terrorgruppe – und staatlich alimentierter Spitzel (über 200.000 DM).

In der Einstellungsverfügung zum NPD-Verbotsverfahren stellt das Bundesverfassungsgericht auf ein „nicht behebbares Verfahrenshindernis“ ab, auf „V-Leute staatlicher Behörden“, namentlich auch Brandt. Kai-Uwe Trinkaus war NPKreisvorsitzender, versuchte z.B., einen Kumpan bei Jusos und Linksfraktion im Landtag einzuschleusen – und war Spitzel (Lohn ca. 15.000 Euro).

Fiedler weiß das – einen Geheimdienstfanatiker ficht das aber nicht an. Er ist Teil des Problems, nicht der Lösung. Thüringen hat die „V-Leute“ aus gutem Grund abgeschaltet. Das war eine notwendige Konsequenz aus dem bei der Aufarbeitung der NSU-Morde (und weiterer Geheimdienstskandale) deutlich gewordenen Behördenversagen. Ihre Rückkehr zu fordern, ist aberwitzig.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.